



## **Chile: 100 Tage Regierung Sebastián Piñera**

Die neue Mitte-Rechts-Regierung hatte einige Startschwierigkeiten, was sich in mangelnder Koordinierung, Fehlernennungen, Schwierigkeiten in der Besetzung vieler Posten sowie Interessenkonflikten des Präsidenten zeigte. Hinzu kam, dass die ersten 100 Tage der neuen Regierung Chiles maßgeblich vom Wiederaufbau nach dem schweren Erdbeben vom 27. Februar geprägt waren.

Der chilenische Präsident Sebastián Piñera hielt am 21. Mai die traditionelle Rede vor dem Plenum des Kongresses zur Lage der Nation. Die Rede war von höchster Bedeutung, da der Präsident erstmals genauer auf das Regierungsprogramm der nächsten vier Jahre einging.

Die bisher getroffenen außenpolitischen Entscheidungen deuteten auf die Linie der neuen Regierung hin, eine konsensorientierte Außenpolitik zu führen sowie einer weiteren Polarisierung Lateinamerikas entgegenzuwirken.

Die ersten 100 Tage der neuen Mitte-Rechts-Regierung unter Präsident Sebastián Piñera zeigten, dass trotz langfristiger Planungen und Vorbereitungen das Regieren nach 20 Jahren Oppositionsrolle durchaus eine Herausforderung darstellt.

Die mangelnde Koordinierung bzw. Nichtachtung der Autoritäten innerhalb der Parteien führten bereits in den ersten Tagen nach der Amtseinführung zu Unstimmigkeiten innerhalb der Exekutive. Das Bestreben Piñeras, die wichtigsten Posten innerhalb der Regierung mit Technokraten und Personen aus dem außerpolitischen Bereich zu besetzen, führte zu Unmut und Enttäuschung innerhalb der Parteien Renovación Nacional (RN) und Unión Demócrata Independiente (UDI). Die Mitglieder fühlten sich einerseits in Bezug auf ihre politischen Fähigkeiten hintergangen, zum anderen sahen sie in dem Mangel an politischer Erfahrung der vom Präsidenten ausgewählten Personen ein Risiko für den Erfolg der Regierung. Somit wurden die Stimmen für einen härteren Kurs gegen die eigene Regierung immer deutlicher.

Hinzu kommt der Zeitverlust, der die verzögerte Besetzung der neuen Posten im Regierungsapparat mit sich brachte und in politischen Kreisen ein Gefühl von mangelnder Entscheidungsfähigkeit bzw. -autonomie der Minister gegenüber dem Präsidenten erweckte.

Ebenso wurden im Nachhinein Nachlässigkeiten in Bezug auf die Auswahl von Mitgliedern der Exekutive festgestellt. So mussten beispielsweise Regierungsmitglieder bereits einige Tage nach ihrer Ernennung aufgrund von Vorwürfen wegen Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der Militärregierung wieder zurücktreten. Die größte öffentliche Aufmerksamkeit wurde durch den Rücktritt des erst im April ernannten Botschafters Chiles in Argentinien, Miguel Otero, erregt, der die Pinochet-Regierung teilweise im Rahmen eines Interviews rechtfertigte, was der Linie der Regierung, sich vom Schatten Pinochets zu distanzieren, eindeutig widerspricht.

Ein weiteres, insbesondere die Anfangsphase der Regierung belastendes Thema, sind die bis heute bestehenden Interessenkonflikte des Präsidenten im Bereich der Wirtschaft. Sebastián Piñera versprach im Rahmen des Wahlkampfes, sich vor der Amtseinführung von sämtlichen Geschäften, die zu potentiellen Interessenkonflikten führen könnten, zu trennen. Dennoch verkaufte er erst Ende März den Rest seiner ursprünglichen 26-Prozent-Beteiligung an der Fluggesellschaft LAN. Weiterhin ist er bis dato der Eigentümer des Fernsehkanals Chilevisión, obwohl aktuell im Kongress über ein Gesetz zur Regelung des digitalen Fernsehens diskutiert wird (ein Bereich, innerhalb dessen nur die Exekutive über die Gesetzinitiative verfügt). Die Senatoren der Opposition verweigern nun die Bestätigung der neuen Besetzung des in der Verfassung vorgesehenen Nationalen Rates für Fernsehen (Consejo Nacional de Televisión) bis zu einem Verkauf von Chilevisión durch den Präsidenten. Doch die Kritik kommt nicht nur aus den Reihen der Opposition: Auch Mitglieder der Regierungsparteien fordern Präsident Piñera zu einem zügigen Verkauf des Kanals auf.

Die größte Herausforderung im Rahmen der ersten 100 Tage der neuen Regierung stellten dennoch die Folgen des schweren Erdbebens vom 27. Februar (12 Tage vor der Amtseinführung des Präsidenten!) dar. Diesem fielen 521 Menschen zum Opfer, aktuell werden noch 56 Personen vermisst. Die Sachschäden belaufen sich auf rund 24 Milliarden Euro, das sind rund 18 Prozent des chilenischen Bruttoinlandsprodukts. Für den Wiederaufbau der zerstörten bzw. beschädigten öffentlichen Infrastruktur werden rund sieben Milliarden Euro benötigt. Mehr als 200.000 private Wohneinheiten, 200 Brücken, 79 Krankenhäuser, 56 Gesundheitsstationen sowie Tausende von Betrieben wurden in Mitleidenschaft gezogen. Der Wiederaufbau in der besonders betroffenen Küstenregion um die Stadt Concepción wird auf mehrere Jahre geschätzt.

Die Bewältigung der unmittelbaren Notlage sowie die Erstversorgung der Opfer erforderten den Einsatz sämtlicher Mittel der Regierung. Präsident Piñera setzte dem Kabinett eine Frist von 45 Tagen zur Notunterbringung der Opfer, der Gewährleistung der Hauptinfrastruktur sowie der Normalisierung des Schulbetriebs.

Parallel zur Stabilisierung der Situation war eine Überarbeitung des ursprünglichen Regierungsprogramms vonnöten, um es an die neuen Umstände anzupassen.

Die in der Verfassung vorgesehene Rede vom 21. Mai vor dem Kongress könnte man demnach einerseits als Zeichen einer erfolgreichen Stabilisierung der Notsituation sowie als Anfang des tatsächlichen Wiederaufbaus sehen. Andererseits wollte Präsident Piñera verdeutlichen, dass die Regierung trotz der enormen Herausforderungen bezüglich des Wiederaufbaus die Ziele des ursprünglichen Regierungsprogramms nicht vernachlässigen wird.

In seiner Rede betonte Präsident Piñera, den Wiederaufbau durch weitgehende Sparmaßnahmen im Staatsapparat, den Verkauf von staatlichen Aktivvermögen sowie durch Steuererhöhungen insbesondere für die Bergbauindustrie (Royalty) und große Unternehmen zu finanzieren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Rede lag auf der Erläuterung des Regierungsprogramms der neuen konservativen Regierung. Piñera, selbst ein wirtschaftsliberaler, rechtskonservativer Unternehmer, betonte ein weiteres Mal die Prinzipien des Wahlbündnisses: Soziale Marktwirtschaft, Chancengleichheit sowie die Förderung der sozialen Integration der gesamten Gesellschaft.

Mangelnde Chancengleichheit, Armut sowie ungleiche Einkommensverteilung sind aus Sicht Piñeras die dringlichsten Probleme, die in den nächsten vier Jahren angegangen werden müssen. So ist Chile mit einem Gini-Index von 52,0 Punkten eines der Länder mit einer stark ungleichen Einkommensverteilung. Mit der Überwindung der absoluten Armut, einem jährlichen Wirtschaftswachstum von sechs Prozent sowie der Schaffung einer Million

neuer Arbeitsplätze strebt die Regierung bis zum Jahre 2018 den Sprung Chiles von einem Schwellen- zu einem entwickelten Industrieland an.

Zur Umsetzung dieses ehrgeizigen Vorhabens setzt die Regierung auf sozialpolitische Maßnahmen insbesondere zugunsten einkommensschwacher Familien. Das Regierungsprogramm sieht vor, die Sozialausgaben in den kommenden vier Jahren zu erhöhen sowie eine Art negative Einkommenssteuer für einkommensschwache Familien einzuführen. Eine solche finanzielle Unterstützung zwischen 70 und 400 Euro, die ca. zwei Millionen bedürftigen Chilenen zugute kommen wird, erfolgt jedoch nur nach der Erfüllung bestimmter Bedingungen (Arbeitssuche oder Weiterbildung, Schulbesuch der Kinder etc.).

Weitere Ziele der Regierung sind die Erleichterung des Zugangs zur Arbeitswelt sowie Lohngleichheit für Frauen, eine Erhöhung der Subventionen für das Schulgeld sowie eine Senkung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner, der aktuell sieben Prozent beträgt. Das Regierungsprogramm setzt zudem auf eine Unterstützung der mittleren Einkommensschicht. So sind beispielsweise Bürokratieabbau und Steuervergünstigungen für kleine und mittlere Unternehmen (Pequeñas y Medianas Empresas - PyMEs), die fast vier Fünftel aller Arbeitsplätze ausmachen, geplant.

Die Optimierung des Bildungssystems stellt für den Präsidenten eine weitere wichtige Maßnahme zur Erreichung seiner Ziele dar. Diese besteht beispielsweise aus der Verbesserung der Lehrerausbildung, einer Verstärkung des Wettbewerbs zwischen den Schulen sowie der Übertragung von mehr Verantwortung an die Eltern.

Ebenso ist eine Reform des Systems der inneren Sicherheit vorgesehen. So hat Präsident Piñera bereits während seines Wahlkampfes betont, die Kriminalität stärker bekämpfen zu wollen. Hier kommt es insbesondere auch auf die Implementierung eines Gefühls der subjektiven Sicherheit an.

Um der insbesondere bei der jüngeren Generation festzustellenden, stetig sinkenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken, möchte die Regierung auch das Wahl- und Parteienrecht reformieren. Mit dem Ziel einer bürgernäheren, transparenteren sowie partizipativen Demokratie sollen in den nächsten Monaten alle Wahlberechtigten automatisch in das Wahlregister eingetragen werden. Die vorher verpflichtende Stimmabgabe ist nun freiwillig. Ebenso sollen sich auch im Ausland lebende Chilenen an der Wahl beteiligen können. Das von vielen Seiten kritisierte binominale Wahlrecht bleibt jedoch vorerst unverändert. Dieses führte in den letzten Jahren zu einer verstärkten Spaltung der Parteien in zwei dominierende Lager und gab kleineren Parteien bzw. unabhängigen Kandidaten kaum Möglichkeiten zur Mitwirkung im politischen System.

Zur Kontrolle der Realisierung der vorgesehenen Schritte ist die Institutionalisierung einer "Delivery Unit" innerhalb der kommenden drei Monate vorgesehen.

Die ambitionierten sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der unteren sozialen Schichten sowie die geplante Unterstützung der Mittelklasse führten zu einer durchweg positiven Beurteilung der Rede durch die chilenische Bevölkerung.

Insbesondere im Zuge der schweren Schäden durch das Erdbeben bat der Präsident in seiner Rede die Opposition im Rahmen einer "Politik der Nationalen Einheit" noch einmal um ihre Unterstützung. Denn bereits kurz nach der Amtseinführung der neuen Regierung war klar geworden, dass die Concertación eine harte Opposition führen würde. Die Hoffnungen der Regierung auf harmonische und kooperative erste hundert Tage Regierungszeit erfüllten sich also nicht. Diese Haltung wird insbesondere durch das Vorhaben Piñeras, sich zur politischen Mitte zu bewegen und eine liberale Agenda zu führen, bestimmt. Die Concertación versteht Themen wie Steuererhöhungen und die gesetzliche Regelung von Lebensgemeinschaften (Hetero- und Homosexuelle) als eigene.

Wenn eine Mitte-Rechts Regierung nun auf solche Themen eingeht, verliert die Concertación ihre eigene Agenda. Ohne Inhalte und Orientierung bleibt nur noch die Verfolgung eines harten Kurses gegen die neue Regierung.

Die Exekutive musste jedoch auch bei Abgeordneten und Senatoren der eigenen Reihen eine intensive Überzeugungsarbeit leisten. Insbesondere die angekündigten Steuererhöhungen stießen auf Ablehnung bei Parlamentariern der Regierungsparteien. Der renommierte Think Tank Libertad y Desarrollo übernahm eine Führungsrolle und erarbeitete in Zusammenarbeit mit Kongressmitgliedern der UDI einen Gegenvorschlag zum Regierungsvorhaben.

Die bisher getroffenen außenpolitischen Entscheidungen deuteten auf die Linie der neuen Regierung hin, eine konsensorientierte Außenpolitik zu verfolgen sowie einer weiteren Polarisierung Lateinamerikas entgegenzuwirken. Es lässt sich erkennen, dass Präsident Piñera eine einheitliche Außenpolitik, langfristige Ziele und nationale chilenische Interessen der Durchsetzung parteipolitischer Ziele vorzieht.

Dieses Bestreben ist zum einen in der Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Argentiniens, Néstor Kirchner, als Generalsekretär der regionalen Staatenorganisation UNASUR zu erkennen. Der Ehemann der amtierenden Präsidentin Argentiniens, Cristina Fernández de Kirchner, rechnete prinzipiell mit der Unterstützung des linken Blocks der Region (Brasilien, Bolivien, Ekuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela). Dennoch sicherte Piñera bereits im Rahmen seines ersten Staatsbesuches, der in Argentinien stattfand, die chilenische Unterstützung für die Kandidatur des ehemaligen Staatsoberhauptes zu.

Im Fall Honduras hielt sich der Präsident bisher von einer offiziellen Anerkennung der neuen Regierung fern und setzte auf ein multilaterales Vorgehen bzw. auf den Konsens der lateinamerikanischen Länder. Im Rahmen der Tagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Anfang Juni in der peruanischen Hauptstadt Lima unterstützte die Regierung die gemeinsame Initiative, die Anerkennung der Regierung Honduras von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig zu machen.

Beide Entscheidungen deuten auf das Vorhaben der Regierung hin, die Beziehungen zu Brasilien und Argentinien unabhängig von politischen Präferenzen zu pflegen.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: JORGE SANDROCK  
REDAKTION: JORGE SANDROCK - JULIA STUBENRAUCH  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT AM: 19. JUNI 2010